

na neu überprüft werden müsse. Ähnliche Verlautbarungen machten auch die im China-Geschäft bisher stark engagierten japanischen Geschäftsbanken.

Daß die staatlichen und privaten Kreditinstitute Japans, des größten Handelspartners und Kreditgebers China, die Finanzierung von chinesischen Entwicklungshilfeprojekten faktisch eingestellt und entsprechende Verhandlungen suspendiert haben, ist nun aber nicht als eine wirtschaftliche Sanktionsmaßnahme gegen die brutale Unterdrückung der chinesischen Demokratiebewegung zu werten. Die japanische Regierung hat während der letzten Tage vielmehr wiederholt um Verständnis für ihren nicht selten als opportunistisch verpönten - da letztlich von wirtschaftlichen Interessen geprägten - Standpunkt geworben, daß sich Japan als einstmaliger Aggressor gegen China in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik nicht einmischen dürfe und die Beijinger Führung deshalb für die Repressionswelle nicht so scharf und direkt wie etwa die USA und die EG-Länder verurteilen und kritisieren könne.

Die faktische Einfrierung der japanischen Finanzhilfe, die die chinesische Wirtschaftsentwicklung zumindest vorübergehend schwerwiegend beeinträchtigen dürfte, wird so auch offiziell ausschließlich damit begründet, daß die Wirtschaftlichkeit der zu finanzierenden Projekte von den jüngsten politischen Ereignissen in Frage gestellt worden ist. Der weitere Verlauf der wirtschaftlichen Reformpolitik Beijings sei noch äußerst ungewiß. (NfA, 14. und 16.6.89; NZZ, 25./26.6.89) -lou-

Binnenwirtschaft

* (26) Ungünstige wirtschaftliche Entwicklungen im ersten Halbjahr 1989

Die wirtschaftlichen Sanktionen westlicher Länder würden Chinas Wirtschaft "kurzfristig in vorübergehende Schwierigkeiten" bringen, sagte Regierungssprecher Yuan Mu am 11.7.1989 vor Journalisten. China werde sich dennoch keinerlei Druck von außen beugen, betonte er. Insgesamt bewertete Yuan die Entwicklung der chinesischen Wirtschaft im abgelaufenen Halbjahr nicht durchgehend positiv.

Besonders ungünstig habe sich das Verhältnis zwischen Importen und Exporten entwickelt. Nach der Zollstatistik betrage das Handelsdefizit für diesen Zeitraum 3,82 Mrd. US\$. Die Importe seien im Vergleich zum selben Zeitraum des Vorjahres um 26,7% gestiegen, während die Exporte nur um 6,5% zugenommen hätten. China werde dieser Entwicklung in Zukunft mit verstärkten Importkontrollen begegnen.

Die Zahlen der Zollstatistiken stehen ein weiteres Mal den optimistischen Äußerungen entgegen, die von Zheng Tuobin, dem Minister für außenwirtschaftliche Beziehungen und Außenhandel, am 15. Juni 1989 gemacht wurden. Er hatte erklärt, daß der relative Rückgang der Exporte aufgehalten worden sei.

Für eine gesunde Entwicklung der chinesischen Wirtschaft sei es notwendig, das Ausmaß der Anlageninvestitionen zu kontrollieren, sagte Yuan. Verschiedene Provinzen seien zu solchen Maßnahmen bereits angehalten worden. Die Zahl neuer Projekte sei inzwischen eingeschränkt worden. Dennoch sei Chinas wirtschaftliche Struktur nicht ausreichend durchdacht. Die wirtschaftliche Leistung der Betriebe ist nach Yuans Bericht "nicht sehr gut". Die Staatseinnahmen seien im ersten Halbjahr nur langsam angewachsen. Gleichzeitig seien die Regierungsausgaben sprunghaft angestiegen. Die Spartätigkeit sei gesunken.

Die Lebenshaltungskosten in China seien nach ersten Berechnungen im Vergleich zum Vorjahr um 25,5% gestiegen, sagte Yuan. Diese Entwicklung sei noch eine Nachwirkung der Preissprünge im vergangenen Jahr. Inzwischen sei der Inflationsschub zwar unter Kontrolle, es müßten aber dennoch verstärkt Anstrengungen unternommen werden, die Preissteigerungen weiter zu verlangsamen.

Der chinesische Finanzminister Wang Bingqian stellte fest, daß die finanzielle Lage in China in den ersten fünf Monaten dieses Jahres bedenklich ausgefallen habe. Nach den Statistiken ist der Jahresplan für die Staatseinnahmen vom Januar bis Mai nur zu 31,7% erfüllt worden. Das langsame Wachstum der Staatseinnahmen sei vor allem darauf zurückzuführen, daß der industrielle Produktionswert der volkseigenen Betriebe nur langsam gestiegen sei. Darüber hinaus sei die Wirtschaftseffizienz der Betriebe gesunken.

Die Maßnahme zur Erhöhung der Staatseinnahmen sei nur ungenügend durchgeführt worden. Deshalb forderte Wang Bingqian die Finanz- und Steuerämter aller Ebenen auf, wirksame Maßnahmen zu ergreifen, um das Budget zu erfüllen. (Radio Beijing, 7.7.89; dpa, 11.7.89; FT, 30.6.89) -lou-

* (27) Graslandverluste alarmierend

Chinesische Experten haben ihre Regierung aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Graslandgebiete zu schützen, die mit einer alarmierenden Rate verschwinden. Mehr als 1 Mio. ha Grasland verschwinden jedes Jahr, so die Experten auf einer nationalen Konferenz in Beijing. Sie erklärten, daß in 30 Jahren ein Drittel des Graslandes verschwunden sein wird.

China hat 400 Mio. ha Grasland - 13% des gesamten Graslandes in der Welt und nahezu so viel wie das Grasland in ganz Australien. Deswegen sei in China ein großes Potential für die Entwicklung der Viehzucht vorhanden.

Gleichwohl hätten ein unkontrolliertes Anwachsen des Viehbestandes, nicht sorgfältige Behandlung der Ressourcen sowie die Nutzung von mehr und mehr Flächen für den Anbau von anderen Kulturen dazu geführt, daß das Grasland degeneriert sei. Mehr als 7 Mio. ha Grasland seien für andere Kulturen genutzt worden.

In Xinjiang sei geplant, ca. 700.000 ha Grasland bis zum Ende des Jahres 1990 mit anderen Kulturen zu bestellen, während in der Inneren Mongolei das Gleiche mit 433.000 ha geplant sei. Der Nutzungswandel habe sich in vielen Gebieten nicht ausgezahlt.

Ca. 30% der natürlichen Weideflächen des Landes seien sandig oder alkalisch geworden, weitere 30% seien von Ratten und Insekten befallen. Die Experten erklärten, daß wirkungsvolle Maßnahmen ergriffen werden müßten, um den Ruin dieser wertvollen Ressourcen zu verhindern.

Mehr als 6 Mio. ha neuen Graslandes seien in den letzten Jahren hinzugekommen. In den letzten Jahren seien jedes Jahr über 10 Mio. ha Land aus der Luft besät worden. Die Erfolgsrate dieser Graskultivationsmethode betrage 70%. Diese neuen Grasflächen machten jedoch nur ein Neuntel des Gebietes aus, das in den letzten drei Jahrzehnten verlorengegangen sei. (XNA, 6.7.89) -lou-

***(28)**
600 Kreise sollen bis zum Jahre 2000 elektrifiziert werden

Der stellvertretende Minister für die Wasserreserven, Zhang Chunyuan, teilte mit, daß die Volksrepublik plane, 600 Kreise, ca. ein Drittel der Gesamtzahl der Kreise des Landes, bis zum Ende des Jahres 2000 zu elektrifizieren. Auf einer nationalen Energiekonferenz erklärte Zhang, daß das Ministerium einen Plan ausgearbeitet habe, mehr mittlere und kleine Wasserkraftwerke zu bauen, um ausreichende Energie zu liefern, so daß die staatlichen Elementarstandards zur Elektrifizierung erreicht werden könnten.

Mehr als 90% der ländlichen Haushalte in den vom Plan erfaßten Kreisen würden elektrifiziert werden; die Industriebetriebe sowie Betriebe der Landwirtschaft in diesen Gebieten würden mit elektrischer Energie zumindest an 330 Tagen pro Jahr versorgt werden.

Die Elementarstandards in der zweiten Phase des Programms sehen vor, daß Elektrizität an alle Dörfer geliefert wird; 95% der Bauern in den Zielkreisen werden dann mit Elektrizität versorgt werden.

In dem Bericht heißt es, daß der Energieverbrauch sich von 200 kWh pro Jahr und pro Person auf 400 kWh erhöhen soll. Des weiteren wurde darauf hingewiesen, daß der Staat bereits 100 Mio. Yuan für das Elektrifizierungsprogramm ausgegeben habe - und dies in einer ersten Versuchsgruppe, die 100 Kreise umfaßt. Die lokalen Regierungen sind nun aufgerufen, weitere 600 Mio. Yuan für dieses Programm bereitzustellen.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Elektrizität in den 100 Versuchskreisen erreichte 184,5 kWh im Jahre 1988. Noch fünf Jahre vorher betrug der Energieverbrauch nur 81 kWh. Der gesamte industrielle und landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert dieser Kreise habe sich seither nahezu verdoppelt.

Wie der stellvertretende Minister weiter ausführte, habe die Volksrepublik reichliche Reserven an Hydroelektrizität. Die meisten Kreise litten jedoch an Elektrizitätsknappheit, in 29 Kreisen gebe es überhaupt keine Elektrizität. Ca. ein Viertel der chinesischen Bevölkerung lebt ohne Elektrizität. Eine Untersuchung der 819 Kreise, in denen

das Ministerium für die Wasserreserven für die Energieversorgung verantwortlich ist, ergab, daß der durchschnittliche jährliche Elektrizitätsverbrauch für städtische Bewohner 110 kWh betrug, Bewohner in ländlichen Gebieten verbrauchten 60 kWh. (XNA, 1.6.89) -lou-

***(29)**
Gesetz über Urheberrechtsschutz soll bald erlassen werden

Noch in diesem Jahr will die chinesische Regierung intellektuelle Leistungen unter Rechtsschutz stellen. Li Ye, Direktor der Abteilung Computer des Ministeriums für Maschinenbau und Elektronik, erklärte, daß das Gesetz über den Urheberrechtsschutz sowie eine Serie von Regelungen über den Schutz von intellektuellen Leistungen gegen Ende des Jahres 1989 erlassen würden. Die Regelungen würden von seinem Ministerium entworfen; man erwarte, daß der Staatsrat ihnen zustimmen werde.

Der Direktor erklärte, daß allen in China registrierten Copyrights Rechtsschutz gegeben werden solle. Im Ministerium sei ein Registrierungszentrum eingerichtet worden.

Dieser Schritt zielte darauf, einen Disput mit den Vereinigten Staaten zu beenden. Die USA hatten die Volksrepublik China an die Spitze einer "priority watch list" hinsichtlich des Urheberrechtsschutzes und des Patentschutzes zusammen mit sieben anderen Ländern und Regionen gestellt.

Li erklärte, daß die chinesische Regierung die Wichtigkeit des Rechtsschutzes für Software anerkenne. Er fügte hinzu, daß das Ministerium dieses Problem seit zwei Jahren behandle.

Li fügte weiter hinzu, daß chinesische Computer-Firmen ebenso auf ein Urheberrechtsschutzgesetz drängten. Das Fehlen rechtlicher Garantien habe die Entwicklung von Computer-Programmen entmutigt. Viele Software-Firmen hätten Geld verloren. Die Volksrepublik mache Anstrengungen, mehr eigene Software zu entwickeln. Von den 80.000 Personalcomputern, die im Jahre 1988 gekauft worden seien, wurden ca. 61.000 in der Volksrepublik hergestellt. (China Daily, 3.6.89) -lou-

Taiwan

***(30)**
Reaktionen auf die blutige Niederschlagung der friedlichen Demokratie-Bewegung in der VR China

Die blutige Niederschlagung der friedlichen Demonstration für Demokratie unter Einsatz von Panzern auf dem Tiananmen-Platz in Beijing am 4.Juni löste in Taiwan eine Reihe von Protesten aus. Noch vor dem Blutbad vom 4.Juni hatten am 31.Mai eine Million überwiegend Jugendlicher auf der Insel eine über 400 km lange Menschenkette von Keelung im Norden bis Kaohsiung im Süden gebildet, um so ihre Sympathie und Unterstützung für die friedliche Studentenbewegung auf dem chinesischen Festland zu demonstrieren. Die Teilnehmer harrten mittags von 12.00 bis 12.30 Uhr in strömendem Regen aus. (LHB, CP u. ZYRB, 1.6.89) Nach der Tragödie vom 4.Juni fanden in allen großen Städten Taiwans wochenlang Protestversammlungen und Trauerfeiern für die Opfer in Beijing statt. Am 14.Juni wurden landesweit die Flaggen auf halbmast gesetzt. (FCJ, 8. u. 16.6.89).

Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) berief am 4.Juni morgens die Regierungs-, Partei- und Militärführer zu einer Dringlichkeitssitzung ein. In einer Presseerklärung verurteilte er die Greuelthaten der kommunistischen Machthaber und setzte die Streitkräfte in Alarmbereitschaft, um einen eventuellen Angriff der chinesischen Kommunisten auf Taiwan abzuwehren zu können. (LHB, CP u. ZYRB, 5.6.89) Während eines Fernsehinterviews am 9.Juni sagte der Generalstabschef der Streitkräfte, General Hao Baicun (Hau Pei-tsun), daß die nationalchinesische Armee bereit sei, die chinesischen Soldaten auf dem chinesischen Festland für den Kampf um Demokratie und Freiheit zu unterstützen. Aber gleichzeitig meinte er, für absehbare Zeit bleibe es beim "friedlichen Wettkampf" zwischen den beiden Seiten der Taiwan-Straße. Die Entscheidung für Krieg oder Frieden liege in den Händen der Kommunisten auf dem chinesischen Festland. Am gleichen Tag dementierte Regierungssprecher Shao Yuming (Shaw Yuming) energisch Gerüchte, daß Taiwan